

DER PRAGER FRÜHLING: DAMALS UND VIERZIG JAHRE DANACH

Oldřich Tůma

Der Blick zurück auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 täuscht häufig: Der Prager Frühling fing nicht erst am 5. Januar 1968 mit dem Wechsel des ersten Sekretärs des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei (KPC) an und endete auch nicht mit der Intervention der Armeen des Warschauer Paktes am 21. August 1968. Das wäre zu einfach. In Wirklichkeit nämlich war der Prager Frühling ein viel längerer, komplizierterer Prozess:

Anfang 1968 nahmen die Ereignisse in der Tschechoslowakei mit erstaunlicher Dynamik einen unerwarteten Verlauf. Die Gesellschaft, die noch ein paar Monate zuvor mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zwar unzufrieden schien, sich damit augenscheinlich aber abgefunden hatte, erwachte. Das öffentliche Leben, die Medien, die kommunistische Partei selbst – All das durchlief einen plötzlichen Wandel fast bis zur Unkenntlichkeit, gegenseitig bedingt, einander beeinflussend und dynamisierend. Es war einerseits der Versuch reformorientierter Politiker und immer kritischer und unorthodoxer denkender Parteintellektueller, aus dem Inneren der kommunistischen Partei heraus das System zu verändern. Zugleich ging es aber auch um etwas viel Umfassenderes: um eine spontane, durch die ganze Gesellschaft hindurch wirkende Bewegung in Richtung Freiheit und Aufgeschlossenheit, eine Bewegung, die sich zwar bis zu einem gewissen Maß mit dem Programm und den Vorstellungen der kommunistischen Reformer deckte, jedoch in ihren Konsequenzen auf ein viel weiteres Ziel zusteuerte, als dies der re-



Geboren am 15. November 1950 in Prag erlebte Oldřich Tůma als 18-jähriger die Ereignisse rund um den Prager Frühling. Die Erfahrungen prägten sein Leben und er widmete sich der Frage der Aufarbeitung und Verarbeitung der Geschichte fortan in seiner beruflichen Entwicklung. 1980 schloss er an der Philosophischen Fakultät der Prager Karlsuniversität sein Studium der Geschichte und Philosophie ab und arbeitete in der Folgezeit an der Akademie der Wissenschaften, um 1998 die Leitung des Instituts für Zeitgeschichte zu übernehmen. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen im Bereich des Kollapses kommunistischer Systeme in Mittel- und Osteuropa, der Rolle der Tschechoslowakei im Kalten Krieg sowie der Entwicklung der tschechischen Gesellschaft 1969 bis 1989.

Als die Menschen in der kommunistisch regierten Tschechoslowakei Anfang 1968 nach Reform und Öffnung drängten, schien eine Erfüllung des Traums von mehr Freiheit monatelang in greifbarer Nähe. Unter dem kurz zuvor gewählten KPČ-Sekretär Alexander Dubček begann eine Entwicklung, die als „Prager Frühling“ zum Begriff wurde: Das Medienrecht wurde liberalisiert, man diskutierte auf „Meetings“ über neue Wege im Sozialismus, ein „Aktionsprogramm“ der Partei propagierte Grundrechte und Liberalisierung. Doch der Sonderweg der Tschechoslowakei erregte bei den Sozialistischen Bruderstaaten Argwohn. Der „Bitte“ orthodoxer KPČ-Kräfte entsprechend, beendeten Panzer des Warschauer Pakts auf Anweisung Moskaus im August des Jahres schließlich das Prager Experiment. Erst 1989, mit dem Fall der Sowjetunion selbst, erlebten Dubček und die Köpfe des Frühlings ihre späte Rehabilitation, wenn auch ihrer Idee – der einer Reform, nicht aber einer Hinterfragung des Sozialismus – keine Renaissance beschert war.

formfreundliche Teil der KPČ-Führung zu billigen bereit und in der Lage war.

Die Ursachen für diese gewaltige Bewegung, in die die tschechische und slowakische Gesellschaft im Jahre 1968 geriet, waren vielseitig: Die Unzufriedenheit mit den existierenden Zuständen, die sich insbesondere in der Unzufriedenheit mit der damaligen Staats- und Parteiführung niederschlug, breitete sich nicht nur in der ganzen Gesellschaft, sondern auch innerhalb der KPČ aus. Immer mehr Menschen fühlten sich auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet einer unbefriedigenden Entwicklung ausgesetzt. Seitdem es Mitte der sechziger Jahre dann auch möglich war, in den Westen zu reisen, verstärkte sich die Unzufriedenheit mit den heimischen Verhältnissen noch mehr: Viele Menschen konnten sich nun mit eigenen Augen davon überzeugen, wie weit die Tschechoslowakei mittlerweile hinter den Ländern westlich ihrer Grenzen zurück lag, mit denen sie sich nur eine Generation zuvor noch auf einem vergleichbaren Niveau befunden hatte. Schuld daran, so die tschechoslowakische Gesellschaft, war die träge und ineffiziente Staatsführung.

Treibende Kraft im Drang nach Veränderung war die Generation der Intellektuellen, der Denker, der Künstler mittleren Alters. In ihren jungen Jahren, direkt nach 1945, waren sie die überzeugten und begeisterten Befürworter der kommunistischen Ideologie und kämpften für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Nach und nach jedoch kamen Zweifel unter den einst glühenden Verfechtern des neuen, sozialistischen Weges auf. Sie begannen kritisch zu reflektieren und selbst sie konnten den fatalen Rückstand der Tschechoslowakei in vielerlei Gebieten nicht verdrängen. Neue Alternativen mussten gesucht werden, allerdings im Rahmen des Systems, mitnichten gegen das System. Entscheidend für die Ereignisse von 1968 war jedoch, dass diese vom real existierenden Sozialismus in der ČSSR enttäuschte Generation inzwischen in die Schaltstellen der Macht hineingewachsen war: In der Partei, in gesellschaftlichen Organisationen, in den Medien, in wissenschaftlichen Institutionen oder in der staatlichen Verwaltung besetzten sie die Positionen, in denen man tatsächlich gestalten konnte – und das wollten sie nun tun!

Zum Katalysator des offenen Konflikts in der Parteiführung wurde im Herbst 1967 die „Slowakische Frage“. Die slowaki-

sche Gesellschaft durchlebte in den Nachkriegsdekaden eine schnelle soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. In den sechziger Jahren kam sie in vielerlei Hinsicht an die tschechische Gesellschaft heran und viele Menschen in der Slowakei, auch Mitglieder und Funktionäre der kommunistischen Partei, dachten immer häufiger und offener über die Notwendigkeit verfassungsrechtlicher Änderungen nach, die den slowakischen nationalen Institutionen echte Befugnisse einräumen würden. Im Herbst 1967 bildete sich in der Parteiführung eine an sich sehr heterogene Koalition, die einzig der Widerstand gegen den ersten Parteisekretär Antonín Novotný verband, der in engeren Kreisen als strikter Gegner der Reformen galt. Tschechische und slowakische Mitglieder der Parteiführung sorgten letztlich aus unterschiedlichsten Motiven heraus dafür, dass der Reformler Alexander Dubček im Januar 1968 Novotný ablöste und den Posten des ersten Sekretärs einnahm.

Im Herbst 1967 bildete sich in der Parteiführung eine an sich sehr heterogene Koalition, die einzig der Widerstand gegen den ersten Parteisekretär Antonín Novotný verband, der in engeren Kreisen als strikter Gegner der Reformen galt.

Dubček als Slowake und gemäßigter Reformler war im Grunde ein ganz natürlicher Vertreter jener hinsichtlich des Programms nicht besonders kohärenten Anti-Novotný-Koalition. Im Jahre 1968 und vor allem später nach der Niederwerfung des Prager Frühlings wurde er in der Tschechoslowakei und im Ausland zu einer Lichtgestalt, zu einem Symbol – allerdings zu einem durchaus zweifelhaften Symbol. Dubček war nicht der Kämpfer für Demokratie und nationale Unabhängigkeit, zu dem er insbesondere im Ausland gemacht wurde. Im Gegenteil: Er war ein überzeugter Kommunist und ein ergebener Verbündeter der Sowjetunion. Er verfügte über ein unverwechselbares persönliches Charisma, wodurch er sich von den grauen Apparatschiks, die vor und nach ihm an der Spitze der KPČ standen, unterschied. Nicht nur, dass ihn die tschechoslowakische Bevölkerung unterstützte, sie empfand ihm gegenüber auch eine beachtliche persönliche Sympathie. Er wollte sicherlich viele Dinge verändern, aber er war keineswegs ein Radikaler, und zudem umgab er sich Anfang 1968 auch mit Akteuren, die später zu passionierten Gegenspielern des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses wurden.

Eines ist bislang zumeist unbekannt geblieben: Im Zuge der Einsetzung Dubčeks als ersten Sekretärs einigte sich das Plenum des ZK der KPČ im Januar 1968 auf eine Art „Burgfrie-

Die Heterogenität der Anti-Novotný-Koalition und die internen Zerwürfnisse sollten vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

den“: Die Heterogenität der Anti-Novotný-Koalition und die internen Zerwürfnisse sollten vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Novotnýs Ausscheiden vom Posten des ersten Sekretärs bedauerte wohl kaum jemand, ebenso

wenig wurde der Personalwechsel an der Parteispitze von irgendjemandem als der Beginn irgendwelcher Veränderungen betrachtet. Ausschlaggebend für die Intensivierung der öffentlichen Auseinandersetzung und die allgemeine Politisierung der Lage war erst die Entscheidung über die Abschaffung der Zensur, die Ende Februar/Anfang März 1968 durch die reformorientierten Mitglieder in der Parteiführung durchgesetzt wurde. Sie waren der Meinung, dass nach zwanzig Jahren, in denen das Regime die Medien strengstens kontrolliert hatte und in denen die allermeisten Journalisten KPČ-Mitglieder waren, die Medien auch ohne Zensur im Sinne der Intentionen der Parteiführung tätig werden würden. Auf die gleiche Art und Weise beurteilten die Reformer auch die Öffentlichkeit. Sie waren davon überzeugt, dass die tschechoslowakische Gesellschaft bis auf Ausnahmen dem Sozialismus völlig ergeben sei und dass, auch wenn sie eine Rationalisierung und Humanisierung des gesamten Systems erwartete und forderte, keine grundsätzlichen Konflikte zu befürchten seien. Beide Annahmen stellten sich als Fehleinschätzungen heraus: Die von der Zensur und dem Dirigismus befreiten Medien wurden innerhalb weniger Tage zu einem autonomen Spieler auf dem politischen Feld und für einige Monate im Frühling und Sommer 1968 bis zu einem gewissen Maße auch zum Vorreiter der politischen Entwicklungen, denen sich die Parteiführung nicht entziehen konnte. Die Medien füllten täglich jahrzehntelang gültige Tabus und widmeten sich Themen, die noch Tage zuvor undenkbar gewesen wären. Im März und April wurde auf diese Weise eine Vielzahl von Funktionären zum Ausscheiden gezwungen. In Prag und in vielen anderen Orten wurden Meetings organisiert, an denen sich tausende, insbesondere junge Menschen beteiligten. Politiker, Künstler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beantworteten in diesem Rahmen offen Fragen aus dem Publikum, das mal mit stürmischem Applaus reagierte, dann aber auch mit offenen Widerspruchsbekundungen. Die Atmosphäre unterschied sich fundamental von den langweiligen Pflichtversammlungen der Vergangenheit. Die Meetings wurden live vom Rundfunk übertragen und diese Sendungen elektrisierten die Öffentlichkeit. Durch die Tschechoslowakei

Die Atmosphäre unterschied sich fundamental von den langweiligen Pflichtversammlungen der Vergangenheit.

strömte eine Welle des politischen Interesses, der Aktivität und einer Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Am 21. März trat Novotný als Präsident zurück. Am 30. März wählte die Nationalversammlung Ludvík Svoboda zum neuen Präsidenten. Als Mensch, der sich in beiden Weltkriegen am Kampf für die Konstituierung und Erneuerung der Tschechoslowakei beteiligt hatte, und der Anfang der fünfziger Jahre zum Opfer von Verfolgung durch das Regime wurde, erfreute sich General Svoboda des Respekts und der Unterstützung seitens der Öffentlichkeit, die in ihm – etwas naiv – eine Persönlichkeit sah, die das Prestige des Präsidentenamts, das einst Masaryk und Beneš innehatten, würde erneuern können. Dass Svoboda allerdings in den politischen Alltagsbetrieb eingreifen würde, wurde allgemein nicht gewünscht. Die Öffentlichkeit täuschte sich jedoch in beiderlei Hinsicht: Im August 1968 griff Svoboda sehr gravierend und sehr unglücklich in die Politik ein.

Anfang April trat das nächste Plenum des ZK der KPCZ zusammen und wieder drehte sich das Personalkarussell: Oldřich Černík wurde neuer Ministerpräsident, Josef Smrkovský Parlamentspräsident. Das wichtigste Ergebnis der Apriltagung des ZK war jedoch die Verabschiedung des so genannten Aktionsprogramms der Partei. Dieses Programm war bereits seit Januar in Bearbeitung, änderte sich jedoch stetig parallel zu den täglich eintretenden Ereignissen in der tschechoslowakischen politischen Szene. Zwar bewegte sich das Dokument eindeutig innerhalb der kommunistischen Ideologie und benutzte zu meist auch das traditionelle Vokabular, allgemein propagierte es jedoch die Reformen und eine gewisse Liberalisierung: Der bürgerliche Grundrechtskatalog wurde angesprochen, Lockerungen im Kulturbereich, in den Medien und in der Wissenschaft ins Auge gefasst sowie ein institutioneller Ausgleich der Tschechen und Slowaken sowie der anderen Nationalitäten innerhalb der ČSSR gefordert. Ein Kompromiss zwischen Marktmechanismen und staatlichem Eigentum wurde im Bereich der Wirtschaft gesucht, wobei die zentralistische Steuerung der Wirtschaft in beachtlicher Weise eingeschränkt wurde, die Unternehmen in eine beträchtliche Selbstständigkeit entlassen und die Unternehmensgewinne prinzipiell respektiert wurden. Nach und nach sollte sich auch ein Spielraum für private Initiative und unternehmerische Tätigkeit im Dienstleistungssektor und im Gewerbe eröffnen.

Ein Kompromiss zwischen Marktmechanismen und staatlichem Eigentum wurde im Bereich der Wirtschaft gesucht.

Unklar und inkonsequent wurde mit der Frage der Entwicklung des politischen Systems umgegangen. Man sprach zwar darüber, dass die Partei künftig ihre Autorität nicht mehr mit Hilfe administrativer oder gar repressiver Methoden durchsetzen, sondern sich stets und wiederholt um wirkliches Vertrauen und die Unterstützung der Öffentlichkeit bemühen werde. Die Frage jedoch, was im Falle, dass die Politik der KPČ durch die Gesellschaft nicht länger getragen werde, geschehen solle, wurde nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.

Schon zum Zeitpunkt der Verabschiedung des „Aktionsprogramm“ war die reale Entwicklung bereits Meilen voraus: Die Destabilisierung wichtiger Bestandteile des kommunistischen Regimes setzte sich in schnellem Tempo fort, wenn auch unter dem Motto „Erneuerung“ und „Wiedergeburt“ und nicht unter dem einer „Abschaffung“ des Systems. Massenhaft emanzipierten sich Organisationen und Interessenverbände aus ihrer Hörigkeit gegenüber der KPČ. Gewerkschaften, Künstler- und Wissenschaftlerorganisationen sowie Vereinigungen von Veteranen des antifaschistischen Widerstands verwandelten sich aus Propagandainstrumenten des Regimes in authentische Interessenvertretungen verschiedener Gesellschaftsgruppen. Die nichtkommunistischen Parteien der Nationalen Front, die in den vorangegangenen zwanzig Jahren nur ein armseliges Marionettenleben in Abhängigkeit von der KPČ geführt hatten, versuchten allmählich, eine zumindest teilweise unabhängige Funktion zu entwickeln. Die Jugendorganisation zerfiel vollständig und an ihre Stelle traten Dutzende unabhängiger Kinder- und Jugendverbände, u. a. auch der äußerst radikale Verband der Hochschulstudenten.

Im unübersichtlichen Treiben der Zivilgesellschaft entstand auch eine Vielzahl politisch ausgerichteter Organisationen: K-231, der Verband einstiger politischer Gefangener, benannt

K-231, der Verband einstiger politischer Gefangener, nannte sich nach dem berüchtigten Artikel des Strafgesetzbuches, auf dessen Grundlage die meisten von ihnen einst verurteilt wurden.

nach dem berüchtigten Artikel des Strafgesetzbuches, auf dessen Grundlage die meisten von ihnen einst verurteilt wurden; der Klub engagierter Parteilooser (KAN), der eher ein intellektueller Debattierklub war, aber aus der Logik der Dinge und trotz seines Namens dazu neigte, eine unabhängige, oppositionelle Kraft zu werden. Und schließlich entstand auch eine breite Initiative für eine Wiederbelebung der Sozialdemokratischen Partei, die 1948 gewaltsam in die KPČ eingegliedert worden war.

werden. Und schließlich entstand auch eine breite Initiative für eine Wiederbelebung der Sozialdemokratischen Partei, die 1948 gewaltsam in die KPČ eingegliedert worden war.

Die Vorgänge in der Tschechoslowakei blieben nicht unemerkt: Der zunehmende Druck aus den kommunistischen Nachbarstaaten und insbesondere aus Moskau sorgte für ein Gefühl der Bedrohung, förderte den Drang nach nationaler Geschlossenheit, um den Reformern in der KPČ-Führung bei ihren schwierigen Verhandlungen mit den Verbündeten die Situation vorerst nicht noch weiter zu komplizieren. Obwohl der lange Schatten der Sowjetunion sehr schwer wog, kam die schärfste Kritik nicht von der Moskwa, sondern von den Vorsitzenden der kommunistischen Parteien in Polen und in der DDR, Władysław Gomułka und Walter Ulbricht. Die polnischen und ostdeutschen Kommunisten spürten als Nachbarstaaten das Beben, das durch die Tschechoslowakei ging, am meisten und befürchteten einen negativen Einfluss der Vorgänge in Prag. Sehr früh bereits zogen sie als erste radikale Schritte in Erwägung.

Die Reaktion der KPČ-Führung darauf war befangen und das war bezeichnend für die tschechoslowakische Haltung in den nächsten Monaten: Dubček und die Anderen ließen zu, dass die innenpolitische Situation in der Tschechoslowakei zum Verhandlungsgegenstand wurde, und sie akzeptierten damit die Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Im März in Dresden und bei weiteren Beratungen war Dubček stets bemüht, den Verbündeten zu erklären, dass die Lage bei Weitem nicht so dramatisch sei, dass die neue KPČ-Führung eine authentische Unterstützung der Gesellschaft genieße und dass, wenn es überhaupt feindliche Kräfte gäbe, deren Potenzial nicht groß sei. Die Reformer akzeptierten allerdings immer wieder wenigstens teilweise die auf sie gerichtete Kritik und versprachen, Maßnahmen zu ergreifen. Nach der Rückkehr von derartigen Verhandlungen informierten sie weder offen die Öffentlichkeit noch in vollem Umfang die Parteiführung über den Druck, dem sie ausgesetzt waren. Dieses Verhalten war durchaus nachvollziehbar, wollte man den Reformkritikern in der Parteiführung mit der sowjetischen Kritik nicht zusätzliche Argumente liefern. Zugleich aber wurde die Öffentlichkeit in die Irre geführt.

Die Reformer akzeptierten immer wieder wenigstens teilweise die auf sie gerichtete Kritik und versprachen, Maßnahmen zu ergreifen.

Die Möglichkeit, dass die KPČ-Führung nicht zur Räson zu bringen sei und demzufolge ein militärischer Eingriff notwendig werden könnte, betrachtete Moskau aus vielerlei Gründen nur als eine Ultima-Ratio-Lösung, die angesichts vielfältiger

Komplikationen vermieden werden sollte. Dennoch wurde diese Alternative einkalkuliert und während der im Sommer 1968 stattfindenden Militärübungen sondierten sowjetische Truppen bereits die Lage und erkundeten das Terrain für den Fall einer tatsächlichen Intervention.

Basierend auf den Erfahrungen des Einmarsches in Ungarn im Jahre 1956 begann man auch in Prag allmählich, über die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention nachzudenken. Doch selbst die Pessimisten in der Parteiführung gingen nicht davon aus, dass es dazu wirklich kommen würde. Trotz zunehmender Äußerungen von Politikern und Medien des Sowjetblocks über die „schleichende Konterrevolution“ in der Tschechoslowakei blieb die Lage ruhig: Es kam zu keinerlei gewalttätigen Auseinandersetzungen in dem Land und selbst Straßenmanifestationen blieben eher eine Ausnahme. Der Prager Frühling spielte sich vielmehr in den Hinterhöfen, in Sporthallen, in Kneipen und anderen Versammlungsorten ab: Es waren die Debatten bei Versammlungen und die Gesprächsrunden in den Medien, die das Bild prägten.

Der Frühling schritt voran und allmählich schlichen sich innerhalb der Parteiführung Zweifel am Kurs ein. Inzwischen teilte so mancher die Befürchtungen, die in den übrigen Staaten des Ostblocks offen artikuliert wurden. Die immer deutlicheren und schärferen Äußerungen aus der UdSSR, Polen und der DDR ermutigten diese Mitglieder der Führung nun, aus der vom Aktionismus der Gesellschaft aufgezwungenen Defensive herauszukommen. Diese Kräfte verfügten stets über wichtige Positionen in Zentral-, Bezirks-, Kreis- sowie Lokalgremien der KPČ. Beim Parteitag im Mai gelang es ihnen, den Beschlüssen die These von der doppelten Gefahr und dem notwendigen Kampf nicht nur gegen das „Konservative“, sondern auch und vielleicht insbesondere gegen die Gefahr von Rechts aufzuzwingen.

Die immer deutlicheren und schärferen Äußerungen aus der UdSSR, Polen und der DDR ermutigten manche Mitglieder der Führung.

Die „slowakische Frage“ war nach wie vor ein Thema und die Notwendigkeit verfassungsrechtlicher Änderungen wurde von der tschechischen Öffentlichkeit akzeptiert, auch wenn ihr bei Weitem nicht solches Gewicht beigemessen wurde wie in der Slowakei. Dort war das Programm für die verfassungsrechtlichen Änderungen, unter denen die Mehrheit der slowakischen Öffentlichkeit die Konstituierung einer Föderation verstand,

oberste politische Priorität. „Zuerst Föderalisierung, dann Demokratisierung“ lautete das Motto von Gustáv Husák, dessen politischer Stern nun nicht nur auf der slowakischen, sondern auch der landesweiten politischen Bühne aufgehen sollte.

Die Liberalisierungsbewegung ging in der Slowakei viel langsamer voran als in Tschechien. Die Versuche slowakischer Intellektueller, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass ohne eine konsequente Demokratisierung auch die Föderalisierung im Sande verlaufen würde, verpufften in den Umwälzungen dieser Tage. Nicht zum ersten (und auch nicht zum letzten) Male in der neueren Geschichte entwickelte sich die politische Situation im tschechischen und im slowakischen Volk sehr unterschiedlich, obwohl man sich eigentlich sprachlich, kulturell und auch in vielerlei anderer Hinsicht doch so ähnlich war.

Die schließlichen verfassungsrechtlichen Schritte für die neue, föderale Ordnung wurden dann sehr schnell und insgesamt unproblematisch umgesetzt. Bereits im Sommer wurden grundlegende Prinzipien für eine föderale Ordnung vereinbart und bereits am 1. Januar 1969 waren sie in Kraft.

Der Druck von außen und die fortschreitende Ermutigung der Hardliner innerhalb der Partei wurden nun auch in der Gesellschaft wahrgenommen. Die mögliche Verlangsamung der Liberalisierung nahm die Mehrheit der Bevölkerung mit großem Missfallen zur Kenntnis. Die Medien äußerten sich kritisch gegenüber den Kommentaren von außen, was die Situation letztlich nur anheizte und die Aufregung in den KP-Führungen in den Ländern des Sowjetblocks steigerte. Dort wuchs die Überzeugung, dass die tschechoslowakische Schwesterpartei die Kontrolle über die Entwicklung im Lande verloren habe. Ein weiterer Tropfen, der das Fass beinahe zum Überlaufen brachte, war die Veröffentlichung des „Manifestes der 2000 Worte“ Ende Juni, in dem erneut die Verlangsamung der Reformen kritisch kommentiert und das konsequente Fortschreiten auf dem begonnenen Weg gefordert wurde.

Der Druck von außen und die fortschreitende Ermutigung der Hardliner innerhalb der Partei wurden auch in der Gesellschaft wahrgenommen.

Der Juli 1968 war ein Wendepunkt: Von nun an verschob sich die Entwicklung auf die internationale Bühne. Moskau gab die Vorstellung auf, die KPČ-Führung als Ganzes zum Einlenken auf den geforderten Kurswechsel zu bewegen. Im Fokus

stand nun die gezielte Kooperation mit den bereits mehr oder weniger fest formierten Reformgegnern in der Parteispitze. Immer realistischer schien dem Kreml dabei das Szenario eines militärischen Eingreifens, allerdings in Abstimmung mit und parallel zu den politischen Aktionen der Konservativen in der KPČ-Führung. Dramatisch spitzte sich die Lage Mitte Juli zu, als die KPČ-Führung das Ansinnen, eine Delegation zu gemeinsamen Beratungen nach Warschau zu schicken, mit dem Argument ablehnte, die Tschechoslowakei werde dadurch vor ein Tribunal gezogen. Dies war sicherlich eine richtige Annahme, nichtsdestoweniger verzichtete die KPČ durch die Entscheidung, nicht nach Warschau zu fahren, auf die Möglichkeit, wenigstens zu versuchen, das Entstehen einer einheitlichen Gegnerfront von fünf Staaten zu verhindern. Ungarn zögerte nämlich bis zum Treffen in Warschau durchaus und vertrat eine differenziertere Auffassung zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei. In Warschau aber stimmte János Kádár letztlich einer gemeinsamen Plattform zu.

Ungarn zögerte nämlich bis zum Treffen in Warschau durchaus und vertrat eine differenziertere Auffassung zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei.

Die KPČ schlug bilaterale Gespräche auf tschechoslowakischem Territorium vor, um ihren Verbündeten darzulegen, dass deren Einschätzung der Lage nicht richtig sei. Die Sowjets akzeptierten schließlich dieses Angebot, wobei die Gespräche nur wenige Meter von der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze entfernt am Bahnhof in Čierná nad Tisou stattfanden. Die tschechoslowakische Gesellschaft trug ihren Teil zu dieser Zusammenkunft bei und stärkte ihrer Delegation mit einem an die KPČ-Führung adressierten, offenen Brief mit dem – etwas widersprüchlichen – Motto „Sozialismus – Bündnis – Souveränität – Freiheit“ den Rücken. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten Millionen von Menschen diesen Brief.

Die Verhandlungen in Čierná nad Tisou Ende Juli/Anfang August förderten jedoch die tiefe innere Spaltung der Parteispitze zu Tage: Ein Teil der KPČ-Delegation unterstützte in seinem Auftreten nahezu offen die sowjetischen Positionen und die Kritik an den tschechoslowakischen Verhältnissen. Und obwohl die inneren Zerwürfnisse der Prager Delegation offensichtlich waren und zeitweise ein totaler Zerfall unausweichlich schien, konnte ein Kompromiss erzielt werden. Alle Seiten interpretierten diese Einigung in der Folgezeit zwar unterschiedlich, doch war ein wichtiger Punkt der Überein-

kunft die Demonstration der Geschlossenheit durch ein Zusammentreffen der Partei- und Staatsführungen der Länder des Warschauer Paktes.

Für die KPČ-Führung gab es sicherlich Punkte aus dem Katalog der sowjetischen Forderungen, die sie nicht vollends akzeptierte, doch musste sie sich einschneidenden Änderungen beugen: Die Medien müssten wieder unter Kontrolle gebracht werden, Personen in Führungspositionen ausgetauscht werden und ein Verbot der außerhalb der Nationalen Front agierenden Organisationen durchgesetzt werden.

Ein wesentlicher Schritt dafür war die institutionelle Verselbstständigung der Staatssicherheit, die der Kontrolle des reformorientierten Innenministers Josef Pavel entzogen nun Regimetreue Dienste leisten sollte. Angesichts der erzielten Einigungen wurde von einer militärischen Intervention zunächst abgesehen.

Ein wesentlicher Schritt war die institutionelle Verselbstständigung der Staatssicherheit.

Am 3. August fand in Bratislava ein pompöses, gemeinsames Treffen der Führungen der Tschechoslowakei, der UdSSR, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens statt. Feierlich wurde die „Erklärung von Bratislava über die Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und ihre künftige Zusammenarbeit“ verabschiedet. Bestandteil der Erklärung waren auch Passagen über die gemeinsame Verantwortung aller sozialistischer Staaten für die Verteidigung des Sozialismus (also: des kommunistischen Regimes) in jedem Land. Die einheimische Bevölkerung wie auch die Medien gewannen den Eindruck, die unmittelbare Gefahr einer Intervention sei abgewendet. Ein Irrtum: Letztlich wurde sie nur um wenige Wochen aufgeschoben.

Heftiger reagierten der radikal gestimmte Teil der tschechischen Öffentlichkeit und auch manche Medien: Sie forderten Informationen über den tatsächlichen Umfang der Verpflichtungen, auf die sich die KPČ in Čierná eingelassen hatte, sowie die klare Versicherung, dass diese Verpflichtungen nicht auf eine Einschränkung der Grundrechte und der Reformen abzielten. Fast täglich fanden in der Folgezeit in Prag spontane Demonstrationen statt, bei denen die Demonstranten ihren Forderungen nach Transparenz und Information mit Petitionen Nachdruck verliehen. Die Reformführer versicherten wiederholt, und das teilweise im Widerspruch zu den aufgezogenen Realitäten, dass in Čierná und in Bratislava keine

Verpflichtungen hinsichtlich der tschechoslowakischen innenpolitischen Angelegenheiten eingegangen worden seien.

Dubček war der Meinung, dass er durch den Kompromiss von Čierná Zeit für den 14. Parteitag gewonnen habe, zugleich aber war ihm bewusst, dass die Umsetzung einiger Maßnahmen wie z.B. die Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit, durch die Öffentlichkeit keinesfalls akzeptiert werden würde. Die Sowjets wiederum erwarteten eine sofortige Erfüllung ihrer Forderungen und Breschnew mahnte sogar mehrfach persönlich die Einhaltung der Abmachungen an.

Der Eindruck aber, dass Dubček nur Zeit schinden wollte, zwang ihn zum Handeln, sehr wohl nämlich war ihm bewusst, dass eine Intervention nach dem Parteitag viel schwieriger darzustellen wäre. Vom 15. bis zum 17. August tagte in Moskau das eilig einberufene ZK der KPdSU: Die militärische Intervention war beschlossene Sache.

Aus militärischer Sicht gab es keine Probleme, alles war vorbereitet und die Interventionsarmeen standen an der Grenze.

Entscheidend war das politische Szenario, in dem die „Verschwörer“ in der KPČ-Führung die Schlüsselrolle spielen sollten. Es handelte sich um diejenigen Politiker, die von Moskau „gesunde Kräfte“, von der tschechoslowakischen Bevölkerung „die Konservativen“ und bald darauf „die Verräter“ genannt wurden.

Entscheidend war das politische Szenario, in dem die „Verschwörer“ in der KPČ-Führung die Schlüsselrolle spielen sollten. Es handelte sich um diejenigen Politiker, die von Moskau „gesunde Kräfte“, von der tschechoslowakischen Bevölkerung „die Konservativen“ und bald darauf „die Verräter“ genannt wurden. Bei der Sitzung des Politbüros des ZK der KPČ am 20. August sollte bei der Erörterung des Lageberichts zur innenpolitischen Situation im Lande eine

Mehrheit gesucht werden, in der sich die in den Invasionsplan eingeweihten mit anderen konservativ orientierten Mitgliedern des Präsidiums zusammenschließen sollten. Sobald ein solcher Mehrheitsbeschluss bezüglich der kritischen innenpolitischen Situation gefasst sein würde, sollte der nächste Schritt dann kein Problem mehr sein: Die Staaten des Warschauer Paktes würden um eine militärische Hilfe gegen die drohende Konterrevolution ersucht werden.

Die Sowjets gingen davon aus, dass ein solches Ersuchen auch – vor vollendete Tatsachen gestellt – vom Präsidenten sowie den meisten Mitgliedern der Regierung und des Präsidiums der Nationalversammlung unterstützt werden würde. Der tschechoslowakischen Bevölkerung sowie die der ganzen

Welt sollte dann die laufende militärische Operation als eine durch das Ersuchen der tschechoslowakischen Verfassungsamtsträger und Politiker vollends legitimierte Aktion präsentiert werden. Parallel mit dem Beginn der Intervention in der Nacht auf den 21. August sollten sich die moskauhörigen Verschwörer des Innenministeriums, der elektronischen Medien und auch des Kommandos über die tschechoslowakische Armee bemächtigen.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum die reformorientierten Mitglieder des Politbüros der KPC auf diese Entwicklung nicht angemessen reagierten. Zumindest die massive und lang anhaltende Konzentration der Truppen entlang der tschechoslowakischen Grenze konnte ihnen nicht verborgen geblieben sein. Entscheidend war wohl, dass sie die Realität aufgrund ihrer Lebenserfahrungen und Überzeugungen schlicht nicht akzeptieren wollten und konnten.

Alle waren überzeugte Kommunisten und eine andere Außenpolitik als die in einem engen Bündnis mit der Sowjetunion konnten sie sich nicht einmal vorstellen. Sie wollten nicht wahrhaben, dass Moskau in die Tschechoslowakei – und gegen sie, die sie doch aufrichtig davon überzeugt waren, dass sie den Sozialismus erneuern und nicht bekämpfen wollten – Interventionstruppen schicken würde. Die Militäraktionen erklärten sie sich als Teil eines psychologischen und politischen Druckpotenzials und unternahmen nichts dagegen.

Alle waren überzeugte Kommunisten und eine andere Außenpolitik als die in einem engen Bündnis mit der Sowjetunion konnten sie sich nicht einmal vorstellen.

Suchen wir die Antwort auf die Frage, ob sich die Tschechoslowakei im August 1968 hätte wehren können und sollen, dürfen wir die Tatsache nicht vergessen, dass die tschechoslowakische Armee in Wirklichkeit nicht die Armee eines souveränen Staates war. Sie war Teil einer breiteren militärischen Gruppierung, die ganz unter der Kontrolle und dem Kommando der Sowjetunion stand. Die Sowjets verfügten über alle Informationen bezüglich der Ausrüstung, Ausbildung, Aufmarschpläne und Truppenverlegungen der tschechoslowakischen Einheiten. Die tschechoslowakische Armee war gen Westen ausgerichtet, ihre aktiven Divisionen waren in der westlichen Hälfte Böhmens stationiert, während auf dem restlichen Territorium des Landes Ausbildungs- und Reserveeinheiten standen. Ein etwaiger kurzfristiger Befehl zum bewaffneten Widerstand hätte tatsächlich ein Hasardieren bedeutet und hätte den Invasoren einen geeigneten Vorwand

für die Propaganda geliefert, in einen Kampf gegen die Konterrevolution hineingezwungen worden zu sein. Das heißt allerdings nicht, dass die reformorientierten Parteiführer der KPČ nicht kompromisslos zum Ausdruck hätten bringen können und sollen, dass sie bereit waren, die Souveränität der Tschechoslowakei zu verteidigen und sich gegen eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zur Wehr zu setzen. Vielleicht hätte eine solche rechtzeitige und dezidierte Haltung den Sowjets die Entscheidung über die Umsetzung der Intervention erschwert.

Aus rein militärischer Sicht verlief die Intervention erfolgreich, das Staatsterritorium sowie alle wichtigen Orte und Objekte wurden am 21. August besetzt. Das politische Szenario der Intervention allerdings brach gleich in der ersten Nacht vollkommen zusammen. Die Beratungen im Politbüro über die innenpolitische Situation fingen spät an und gegen halb zwölf, als Ministerpräsident Černík kundgab, dass um 23 Uhr fremde Armeen die tschechoslowakische Grenze an

Es kam keine Mehrheit zustande, die bereit gewesen wäre, die Intervention zu unterstützen.

verschiedenen Stellen überschritten hätten, waren sie noch nicht zu Ende. Es kam keine Mehrheit zustande, die bereit gewesen wäre, die Intervention zu unterstützen. Im Gegenteil,

dieser diejenigen Mitglieder des Politbüros, die zwar zu den Reformgegnern gehörten, aber in den Interventionsplan nicht eingeweiht worden waren, waren überrascht und desorientiert, und in der darauffolgenden Beratung darüber, wie die Parteiführung zu reagieren habe, blieben die Verschwörer und Interventionsbefürworter in der Minderheit. Das Politbüro verabschiedete mit einer Stimmenmehrheit von sieben zu vier eine Resolution, mit der die Intervention eindeutig abgelehnt wurde, und es gelang, diese Verurteilung den Medien zuzuspielen, die sie sofort ausstrahlte.

In den folgenden Stunden und Tagen hielten die tschechische und slowakische Bevölkerung der Intervention auf eine bemerkenswerte Art und Weise stand. Es war ein gewaltloser, aber erfinderischer und wirksamer Widerstand. Menschenmassen protestierten in den Straßen und viele Teilnehmer bezahlten ihren Mut mit dem Leben. Der Rundfunk und das Fernsehen sendeten, Zeitungen und Zeitschriften gaben stündlich Sonderausgaben und Antiinterventionsflugblätter heraus, die in der Folge republikweit verteilt wurden. Das ganze Land wurde mit Plakaten und Aufschriften überzogen, alle Wegweiser und Straßenschilder in den Städten wurden

innerhalb von einigen Stunden entfernt, um den Interventionsstruppen die Orientierung zu erschweren. Auch die Regierung, das Parlamentspräsidium und weitere zentrale, regionale sowie lokale Machtinstanzen stellten sich demonstrativ hinter die Bevölkerung und lehnten die Intervention offen ab. Am 22. August trafen sich in Prag in einem Fabrikkomplex 80 Prozent der Delegierten des 14. Parteitag. Der Parteitag lehnte die Intervention entschieden ab, wählte eine neue Parteiführung, in der alle Repräsentanten des Reformflügels einschließlich derer, die in sowjetischer Internierung waren, vertreten waren. Diejenigen, die mit den Sowjets kooperiert hatten, wurden abgewählt. Einige Tage lang entstand so im August 1968 der Eindruck, die kommunistische Partei mache tatsächlich Politik im Interesse und im Einklang mit den Wünschen der tschechoslowakischen Gesellschaft. In die KPČ, die als einzige politische Kraft in der Lage war, Widerstand gegen die Okkupation des Landes zu leisten, traten demonstrativ Menschen ein, die mit der kommunistischen Ideologie nie etwas gemein hatten.

Einige Tage lang entstand im August 1968 der Eindruck, die kommunistische Partei mache tatsächlich Politik im Interesse und im Einklang mit den Wünschen der tschechoslowakischen Gesellschaft.

Militärisch war die Tschechoslowakei bereits nach wenigen Tagen militärisch erobert, politisch aber blieben die Invasoren isoliert.

Der Kreml musste sich auf eine langwierigere, letztlich aber auch wirksame Strategie einlassen und versuchen, diejenigen zum Gehorsam zu zwingen, denen die tschechische und die slowakische Bevölkerung wirklich vertraute: die Reformpolitiker. Dubček und einige weitere Personen wurden nach ihrer Inhaftierung im ZK noch am 21. August mit dem Flugzeug in die Sowjetunion gebracht und interniert. Nun mit der Aura der Märtyrer umgeben, waren die Reformer auf dem Höhepunkt ihrer Popularität, und alle tschechoslowakischen Institutionen, Organisationen und spontanen Bürgeraktionen forderten die Rückkehr in die Heimat und in die verfassungsrechtlichen und politischen Ämter. Zwei Tage nach der Festnahme wurden aus Häftlingen mit ungewissem Schicksal wieder Politiker, und sie wurden mit dem Flugzeug zu Verhandlungen in den Kreml gebracht. Präsident Svoboda, der die Rolle des Retters auf sich nahm und am 23. August trotz Bedenkens der Verfassungsorgane nach Moskau reiste, half den Sowjets, ein geeignetes Arrangement zu inszenieren. Als Politiker mit „Sinn für Realität“ machte auch Gustáv Husák die Sowjets auf sich aufmerksam. Dubček und einige andere leis-

Am 26. August wurde das so genannte Moskauer Protokoll unterzeichnet, das mehr eine Kapitulation der Reformer denn einen Kompromiss darstellte.

teten zwar zu Beginn Widerstand, ausgesetzt einem systematischen Druck, der unverschleierte Androhung eines Blutbads, ohne glaubwürdige Informationen darüber, was in der Tschechoslowakei tatsächlich geschah, unterlagen sie aber schließlich. Am 26. August wurde das so genannte Moskauer Protokoll unterzeichnet, das mehr eine Kapitulation der Reformer denn einen Kompromiss darstellte. In dem Dokument, das streng geheim bleiben sollte, akzeptierte das Politbüro der KPC^Č praktisch alle sowjetischen Forderungen im Gegenzug zu der eigenen Rückkehr auf die Posten, die bange Hoffnung, dass wenigstens etwas aus dem Reformprogramm fortgesetzt werden könne, und gegen das Versprechen, dass, sobald sich die Lage in der Tschechoslowakei normalisiert habe (d.h. der landesweite Widerstand gegen die Präsenz fremder Armeen eingestellt worden sei), der allmähliche Rückzug der Truppen insbesondere aus den großen Städten beginnen und damit die Gefahr von Vorfällen reduziert werde könne.

Das folgende Jahr brachte mehrfach neue Zugeständnisse, Kapitulationen und sukzessive personelle Veränderungen mit sich, wobei die wichtigste der Austausch Dubčeks durch Husák im April 1969 war. Die Versuche der nach wie vor handlungsfähigen Bevölkerung, einer solchen Entwicklung die Stirn zu bieten, wurden wiederholt zunichte gemacht. An der Unterstützung durch die Öffentlichkeit waren nicht einmal die Reformer interessiert. Sie glaubten törichterweise, sie könnten hinter den Kulissen wenigstens noch etwas auf dem Verhandlungswege herausholen. Der erste Jahrestag der Intervention im August 1969, als die mächtigen Proteste der Bevölkerung in den Straßen durch die Einheiten der tschechoslowakischen Polizei, der Armee und der Volksmilizen brutal (begleitet von Schüssen in die Menschenmassen und von Todesopfern) niedergeschlagen wurden, zeigte deutlich, dass die Tschechen und Slowaken mit dem Kurs nicht einverstanden waren. Interessanterweise wurde die Verhängung des eingeschränkten Ausnahmezustandes, der erhebliche Freiheiten für die Staatsmacht bedeutete, von den einstigen Protagonisten des Prager Frühlings unterzeichnet: Svoboda, Černík und auch Dubček selbst, inzwischen Vorsitzender der Föderalversammlung.

Es folgten zwanzig lange Jahre eines konsolidierten, „normalisierten“ kommunistischen Regimes. Die bis 1989 mehr oder

weniger unveränderte Herrschaftsgarnitur leitete ihre politische Legitimation insbesondere von der Unterdrückung der „Konterrevolution“ des Jahres 1968 ab. Der Prager Frühling wurde systematisch als ein Ergebnis der Verschwörung ausländischer imperialistischer Akteure und ihrer inländischen Helfershelfer ausgelegt. Die Rolle eines der wichtigsten politischen Verbrecher, Revisionisten und Opportunisten wurde in dieser Regimepropaganda auch Alexander Dubček zugewiesen. Dies verfestigte umso mehr seine Position des personifizierten Symbols des Prager Frühlings, an der seltsamerweise auch nicht die Monate zwischen April und September 1969 gerüttelt haben, als Dubček als Parlamentspräsident peinlich hörig dem sich etablierenden Husákschen Regime diente. Während der Demonstrationen gegen das Regime in den Jahren 1988 und 1989 erschallte der Ruf „Es lebe Dubček!“ immer wieder durch die Straßen Prags.

Der Prager Frühling wurde systematisch als ein Ergebnis der Verschwörung ausländischer imperialistischer Akteure und ihrer inländischen Helfershelfer ausgelegt.

Der totale Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im November 1989 sah tatsächlich zuerst teils wie eine Revanche für den August 1968 aus. Zahlreiche Köpfe des Prager Frühlings erschienen wieder in wichtigen politischen Positionen, mit Dubček an der Spitze (paradoxerweise wieder in der Position des Parlamentspräsidenten). Die Entwicklung im Anschluss an den November 1989 ging dann allerdings in eine andere Richtung: Schon während der ersten Monate stellte sich heraus, dass die Rückkehr zu den mäßig innovativen Konzepten aus dem Jahr 1968 reine Fiktion war.

Trotzdem spielte die am Anfang der neunziger Jahre geführte Debatte über den Prager Frühling eine wichtige Rolle. Gegen die radikalen Liberalen in der Politik und in den Medien, die eine grundlegende Transformation in der Wirtschaft (Privatisierung und freie Marktwirtschaft) sowie in der Politik (Aufbau eines parlamentarischen Mehrparteiensystems) durchsetzen wollten, standen als Hauptwidersacher gerade die „Achtundsechziger“ mit ihren Konzepten des „Dritten Wegs“. In gewissem Sinne hatte dieser Ansatz, deren mehr oder weniger versteckter Hintersinn in der Diskreditierung des Prager Frühlings und seiner geschichtlichen Bedeutung bestand, als ein Neben- und weniger offen kommuniziertes Ziel schließlich auch die Richtung ins Visier genommen, für die Václav Havel stand: antipolitische Politik, Überlegungen über eine Mischform aus Plan- und Marktwirtschaft, Betonung

der Rolle von Persönlichkeiten und Zivilbewegungen anstelle der politischen Parteien.

Auf all das konzentrierte sich die intensive, politisch instrumentalisierte Debatte über das Jahr 1968. Der Prager Frühling stand nun bestenfalls als ein lächerlicher

Der Prager Frühling stand nun bestenfalls als ein lächerlicher Versuch da, den Kommunismus zu verbessern, um sein Bestehen auf diese Weise zu verlängern, im schlechtesten Falle als ein interner Konflikt zwischen den Fraktionen der Kommunistischen Partei.

Versuch da, den Kommunismus zu verbessern, um sein Bestehen auf diese Weise zu verlängern, im schlechtesten Falle als ein interner Konflikt zwischen den Fraktionen der Kommunistischen Partei, die nicht zögerten, ihrer Interessen wegen das ganze Volk in eine Katastrophe zu stürzen. Den Sinngehalt dieser Sicht

auf das tschechoslowakische Jahr 1968 formulierte später der führende tschechische Journalist Karel Steigerwald, als er schrieb, „dass alle unterworfenen Völker des Sowjetblocks (völlig rational) versucht haben, den Kommunismus abzuschaffen, nur die Tschechen so töricht waren, ihn verbessern zu wollen, und damit vielleicht sogar noch anzugeben“.

Eine solche, in gewisser Weise, berechtigte Kritik an der Idee eines reformierten Kommunismus 1968 (und umso mehr an der Wiederauflage 1990) ließ aber aufgrund ihres Blickwinkels doch sehr wesentliche Komponenten des Prager Frühlings völlig außer Acht: die gewaltige gesellschaftliche Bewegung in Richtung Freiheit und Demokratie, die Versuche, ein pluralistisches politisches Spektrum zu schaffen, das Verständnis für die Wichtigkeit freier Medien. Es hatte sich gezeigt, dass selbst Kommunisten sich bereits 1968 des Scheiterns ihres Konzepts vom Aufbau einer neuen Gesellschaft bewusst gewesen waren und – zwar unschlüssig und auf vielen Umwegen – nach einem Weg zur Transformation des Systems suchten. Das alles bestätigte doch die Lebensuntauglichkeit des kommunistischen Experiments und konnte zu einem ganz guten Ausgangspunkt und zur historischen Legitimationsquelle für das neue, radikal liberale und antilinke Transformationskonzept werden.

Dazu kam es nicht. Und noch seltsamer ist, dass bis auf Ausnahmen die Erinnerungen an den heroischen Widerstand gegen die Intervention aus dem tschechischen Kollektivgedächtnis, wenigsten aus demjenigen, das sich in den zeitgenössischen Medien artikuliert, gestrichen wurden. Die lediglich mit Worten, Flugblättern und Flaggen ausgerüsteten Menschenmassen riskierten am 21. August und in den nächs-

ten Tagen in den Straßen auf beispiellose Art und Weise ihr Leben. Die ganze Gesellschaft und ihre Institutionen wideretzten sich, lehnten es ab, zu kollaborieren oder auch nur mit der hunderttausendköpfigen Besatzungsarmee zu kommunizieren. Das alles wurde seinerzeit durchaus zum Gegenstand von Bewunderung. Wiederholt in Superlativen berichtete z.B. der US-Botschafter in seinen Depeschen aus Prag über die ersten Tage des Widerstands gegen die Invasion. In vielen Texten im Westen wurde in den siebziger Jahren gerade die Tschechoslowakei als das Beispiel für erfolgreichen gewaltlosen Widerstand genannt. Mehr oder weniger nichts davon fand den Weg in den tschechischen Diskurs der neunziger Jahre.

In vielen Texten im Westen wurde in den siebziger Jahren gerade die Tschechoslowakei als das Beispiel für erfolgreichen gewaltlosen Widerstand genannt.

Die Kämpfe um die neue Gestalt der tschechischen Gesellschaft und die Richtung der postkommunistischen Transformation waren längst ausgekämpft – mit dem Ergebnis, dass das radikal-liberale Konzept sich durchsetzte. Die einstigen Achtundsechziger haben schon lange keine wichtigen politischen Positionen mehr inne. Der Prager Frühling als Thema verlor an politischer Relevanz und Aktualität. Man könnte dementsprechend erwarten, dass im Jahr seines 40. Jahrestags seine Komplexität und Mehrschichtigkeit nun endlich anerkannt werde. Bis auf Ausnahmen passiert dies jedoch nicht. Eine solche Betrachtung des Jahres 1968 passt nämlich nicht allzu sehr in die vereinfachende Perspektive eines resoluten „Fünf Minuten nach zwölf – Antikommunismus“ und seinen Bedarf, die jüngste Geschichte mit Anwendung von Schwarz-Weiß-Mustern auszulegen. Hervorgehoben wird mehr das Scheitern der kommunistischen Eliten, ihr Versuch, die Entwicklung einer Zivilgesellschaft im Jahre 1968 zu bremsen, als die Sicht auf die Gesellschaft selbst. Der Hauptakzent der Medien liegt auf der Augustintervention und viel weniger darauf, warum und wie es zu der Intervention kam.

Ein wenig paradox ist es dann aber doch, dass der Prager Frühling eine unverzichtbare Rolle in der Geschichte des Scheiterns und des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei darstellt. Das Regime wurde einzig durch die massive militärische Intervention gerettet, verlor allerdings seine Vitalität und jegliche innere Berechtigung. Die weiteren zwanzig Jahre fristete es sein Dasein nur aufgrund der Kombination von fremden Panzern,

Das Regime wurde einzig durch die massive militärische Intervention gerettet, verlor allerdings seine Vitalität und jegliche innere Berechtigung.

Angst, Resignation und Opportunismus. Das alles stellte sich jedoch als eine instabile Grundlage heraus und als die meisten dieser Komponenten am Ende der achtziger Jahre aufhörten zu wirken, fiel es in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Trotz alledem fand der Prager Frühling bislang auch in der überwiegend antikomunistischen Auslegungsweise der jüngsten tschechischen Geschichte nicht seinen Platz.

Die einstigen Achtundsechziger neigen bisweilen dazu, sich zu beschweren, dass die heutige junge Generation über den Prager Frühling und die Intervention nichts weiß, dass ihr die Namen der Protagonisten der damaligen politischen Ereignisse nichts sagen. Größtenteils liegt eine solche Sicht nicht weit von der Wahrheit, dennoch gibt es nicht allzu viele Gründe, warum Historiker, Journalisten oder andere in der Gesellschaft Engagierte der heutigen Jugend tatsächlich mangelndes Interesse und gegebenenfalls Unkenntnis vorwerfen könnten:

Erstens: Das Jahr 1968 liegt weit zurück und ist bereits Geschichte. Vergegenwärtigen wir uns doch, dass die sechziger Jahre für diejenigen, die heute um die zwanzig sind, in der Größenordnung fast so weit zurückliegen, wie es 1968 für die damals Zwanzigjährigen die Ereignisse am Ende des Ersten Weltkriegs waren. Hätten wir es damals wirklich für eine sinnvolle Forderung gehalten, die Ereignisse der Dekade nach 1918 als etwas Wesentliches und unmittelbar Wichtiges anzusehen und sich auf diese zu beziehen? Welche Rolle spielten wohl für die Himmelsstürmer und Rebellen der sechziger Jahre die Helden vierzig oder fünfzig Jahre alter Ereignisse? Verlangte etwa damals jemand von Rudi Dutschke, dass für ihn die Zerstörer des Wilhelminischen Reichs und die Gründer der Weimarer Republik von großer Bedeutung sein sollten? Oder beispielsweise die tschechoslowakischen Legionäre für den tschechischen Studentenführer, den (nun auch schon vor vielen Jahren verstorbenen) Luboš Holeček? Warum sollte es heutzutage grundsätzlich anders sein?

Die Ursache liegt teilweise auch in der Art und Weise, wie der Prager Frühling – insbesondere in den Medien – präsentiert wird.

Zweites (und das gilt nur für den tschechischen Kontext): Die Ursache liegt teilweise auch in der Art und Weise, wie der Prager Frühling – insbesondere in den Medien – präsentiert wird:

Ganz abseits des Interesses und namenlos sind diejenigen, die im Frühling Treffen und Manifestationen einberiefen, Klubs und Interessenverbände oder politische Or-

ganisationen gründeten, sich im August mit Flaggen in der Hand den sowjetischen Panzern entgegenstellten, vis-à-vis die sowjetischen Soldaten angingen, mit ihnen stritten oder versuchten, ihre Fahrzeuge anzuzünden und zu zerschlagen (und dabei auf sich schießen ließen). Was ist mit denjenigen, die ein Jahr später, im August 1969, noch ein Mal wenigstens für einen Augenblick lang das Prager Zentrum und das der anderen Städte eroberten, Barrikaden bauten, Steine warfen, rabiat verprügelt, festgenommen und ganze Wochen in Haft gehalten wurden? Auch an ihren Köpfen sausten Gewehrkugeln vorbei! Für die heutigen Medien, Politiker und auch Künstler ist im Grunde genommen keiner von ihnen und auch nicht ihre Art der „Auseinandersetzung mit der Geschichte“ interessant. Mit wem könnten sich junge Menschen identifizieren, wer könnte für sie das Jahr 1968 personifizieren?

Der einzige Name ist der Name Jan Palach. Seine Tat ist jedoch insofern eigenwillig und einzigartig, dass sie heute vielleicht Achtung, vielleicht auch Verwunderung – aber sicher keine Identifizierung hervorzurufen vermag.

Die Geschehnisse Ende der sechziger Jahre waren von weitreichender Bedeutung: Für Tschechen, für die Europäer, für die Amerikaner. In vielerlei Hinsicht bestimmte es bereits das Aussehen der heutigen Welt. Das Leben war damals außerordentlich, mehr als in den meisten anderen Jahren seitdem, abenteuerlich und tragisch zugleich. Es war fröhlich und traurig. Es wäre jedoch albern zu verlangen, dass heute dies alles mehr als eine Erinnerung wäre.

Das Manuskript wurde am 16. Juni 2008 abgeschlossen.